

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 5.- M., bei Zustellung unter Stichband 6.- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Druckerei: Die „Freiheit“ Druckerei, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Lügenfeldzug gegen die U. S. V.

## Ein erlogener Putzsch.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Braunschweig, 18. September.

Die von „Wolff“ verbreitete Nachricht über Unruhen in Braunschweig ist von Anfang bis zu Ende erfunden. Am Tage vor das Gerücht verbreitet worden, daß ein Transport Kriegsgefangener zurückgeführt würde, und es sammelten sich daher die Angehörigen derselben am Hauptbahnhof an. Jedoch gelang diese Menge nur aus friedlichen, unbewaffneten Personen. Die Reichswehr eilte sofort mit mehreren Automobilen nach dem Bahnhof, um die Menge zu zerstreuen. Widerstand oder Gewaltthaten von Seiten der Frauen und Angehörigen der Kriegsgefangenen wurden nicht geübt. Es handelt sich hier um ein landwirthschaftliches Wahlmandat der Bourgeoisie, da am Sonntag hier Stadtratwahl ist. Das Gerücht, daß die Kriegsgefangenen heimkehren, scheint von Spitzeln ausgeht zu sein, da ein Gespräch zwischen Offizieren schon am Nachmittag blauschwarz, worin angeführt wurde, daß man einen Ratsbeschluss infanterien werde, um die Sache in Gang zu bringen.

Wir haben bereits in unserer heutigen Morgenausgabe die verlogenen Berichte über den angeblichen Putzsch in Braunschweig gekennzeichnet. Es ist ein unerhörtes Skandal, daß nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch das Rotfunkbüro sich zum Verbreiten von Nachrichten hergibt, die den berechtigten Spitzelkassen der Reichswehr entstammen.

## Der wartende Bau.

Herr Koske erlebt diesmal keine ungestörte Freude. Seine rechtssozialistischen Parteifreunde, die bisher mit ihm durch dick und dünn gegangen sind, fangen langsam an, misstrauisch zu werden. Er hat bisher nur in Herrn Seilmann einen unbedingten Verteidiger und Bewunderer gefunden, während fast die gesamte rechtssozialistische Kampfpresse in mehr oder minder scharfer Form gegen ihn Stellung nimmt. Auf der rechtssozialistischen Kreisversammlung in Essen wurde sogar einstimmig eine Resolution angenommen, die den Rücktritt Koskes fordert. In der Resolution heißt es:

„Die heutige Mitgliederversammlung des Soz. Vereines nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem immer lächerlicher werdenden Zerbrechen der Offizierskommission und dem Aufschwollen gegenrevolutionärer Bestrebungen, die eine Gefahr für die ruhige Fortentwicklung des Staatlebens bilden. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß der Reichswehrminister entweder nicht mehr Herr der Lage ist, oder sogar diese Strömungen fördert. Die Versammlung fordert die sozialdemokratische Fraktion der Republik auf, die Entlassung Koskes von seinem Posten herbeizuführen.“

Die Resolution verlangt weiter die sofortige Verhaftung der Offiziere, Entlassung des Obersten Reinhold, Sperrung der Wohnung für diejenigen Offiziere, die die Befehle der Regierung nicht anerkennen und eine sofortige Aufhebung der Schutzhaft und des Belagerungszustandes. Gleichzeitig wird gegen die Einstellung der militärischen Sicherheitspolizei im Ruhrgebiet Protest eingelegt und die Abgeordneten des Essener Bezirks werden aufgefordert, im Sinne dieses Beschlusses zu wirken.

Auch die Breslauer „Volkswacht“ sieht sich zu einer scharfen Stellungnahme gezwungen. Sie schreibt:

„Scheldemann gegen Koske und Koske gegen die „Angstmeier“ und für die reaktionären Offiziere! Das ist der neueste Fall, der hoffentlich einige Stütze zur Folge hat... Vielleicht sieht also der Reichswehrminister Koske doch noch genauer zu. Hat der Oberst die Äußerungen getan, kann man sich über die Dinge springen und die doch lebendigen, sind keine Angstmeier, sondern Sozialdemokraten. Genosse Koske! Sie haben nun das Wort!“

Die Chemnitzer „Volkstimme“, das „Hamburger Echo“ und das „Bremser Volksblatt“ nehmen eine ähnliche Stellung ein. Die „Essener Arbeiterzeitung“ maßt die Gefahr, die aus der Stellungnahme Koskes für die monarchistischen Offiziere erwächst, mit folgenden Worten aus: „Der Reichswehrminister scheint mit seinem Eintreten für den reaktionären Reinhold gar nicht zu merken, einen wie schlechten Platz er der Republik erweilt. Kogelisch eines solchen

Optimismus ist allerdings das Wachstum der reaktionären Stimmung kein Wunder mehr. Der Zwischenfall Koske-Scheldemann beleuchtet bläulich die gefährliche Situation, zu der die Partei (schleunigst) Stellung nehmen muß. Der Optimismus des Reichswehrministers ist augenblicklich die größte Gefahr für die Republik.“

Wenn diese Äußerungen insgesamt mehr sind als der Ausbruch einer momentanen Stimmung, dann könnte der Wandel der Dinge nur begrüßt werden. Aber wir befürchten, daß erst noch weit kräftigere Stöße erfolgen müssen, um den rechtssozialistischen Parteienanhang zur vollen Erkenntnis der wackeligen Lage zu bringen.

## Helfer der Reaktion.

Das Todesurteil gegen sechs der Angeklagten in dem Münchener Prozeß gibt einem Teil der Presse erneut Veranlassung, die Tat als einen Ausbruch der politischen Stellung der Angeklagten darzustellen. Insbesondere ist es natürlich der „Vorwärts“, der dieses Moment am allerstärksten unterstreicht und nicht das geringste Verständnis dafür zeigt, daß er damit die Geschäfte der allerjüngsten Reaktion besorgt, die ihre ungeheuerlichen Schandthaten hinter dieser Geiselerklärung zu verbergen sucht. Der „Vorwärts“ beurteilt jetzt in den schärfsten Ausdrücken die an den mehrlosen Gefangenen begangene Untat. Wir möchten ihm ins Gedächtnis zurückrufen, daß diese Untaten nicht im April in München begonnen wurden, sondern bereits in den ersten Januarjahren in Berlin mit der grausamen Tötung der „Vorwärts“-Parlamentäre, der Gefangenen in der Alexanderstraße usw. eingeleitet haben, und daß in den Märztagen in Berlin neben dem Mord an den 32 Matrosen viele andere Unschuldige durch die Soldateska hingerichtet worden sind. Damals hat der „Vorwärts“ sich weit weniger über die Tötung Wehrlofer entäußert und ist uns in unserem Kampf gegen ihre Mörder dauernd in den Rücken gefallen. Ebenjowenig hat er gegen die Greuelthaten der Weißen Garben in München, die den Anlaß zur Geiselerklärung gaben, das Maß der Entrüstung aufgebracht, das er jetzt an den Tag legt.

Der „Vorwärts“ befindet sich damit vollkommen im Schlepptau der Urteilsbegründung, die, wie nach der parteiischen Prozeßführung nicht anders zu erwarten war, den Gipfel der Parteilichkeit erklimmt. So muß es entschieden bestritten werden, daß es erwiesen sei, daß Lebins, Lebins usw. die Geiseln im Keller besucht haben und ihnen jählich erklärt hätten, sie würden um die Ecke gebracht werden. Bereits im Lebins-Prozeß ist dieses Märchen zusammengebrochen, und auch in diesem Prozeß hat nur ein Zeuge eine derartige, aber durch zahlreiche Vorbehalte eingeschränkte Behauptung aufgestellt.

Ebenso kennzeichnend für die „Objektivität“ des Gerichts ist es, daß, obwohl es jede Beweisaufnahme über die Ursachen der Geiselerklärung abgelehnt hat, in der Begründung behauptet, Seidl und Lebins hätten in unahre Plakate angefertigt, in denen mitgeteilt wurde, daß die Weißen Garben Sanitäter, einen 63jährigen alten Mann sowie zahlreiche Rotgardisten erschossen hätten. Dabei kann diese Behauptung nicht nur durch einen, sondern durch Duzende von Zeugen erwiesen werden. Die 21 Rotgardisten in Sternberg, die 11 in Grünwald, die vielen Sanitäter usw. sind erwordet worden, und erst dies hat die ungeheure Erregung hervorgerufen, die die Geiselerklärung zur Folge hatte.

Dieser Opfer aber erbarmt sich der „Vorwärts“ nicht, obwohl er sich nur bei seinen Münchener Parteifreunden zu erkundigen bemühte, um die Richtigkeit dieser Behauptungen bestätigt zu erhalten. Aber dann könnte er nicht seine Aufgabe als Helfer der Reaktion erfüllen.

## Rebellische Magistratsbeamte.

Das Städt. wird gemeldet, daß die heutige Stadtverordnetenversammlung von demonstrierenden Magistratsbeamten gesprengt wurde. Sie hatten die Tribünen des Sitzungssaales besetzt und forderten von dort aus mündliche Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister wegen ihrer Gehaltsforderungen. Dabei kam es zu derartig lärmenden Verhandlungen, daß die Sitzung aufgegeben werden mußte.

## Eine Lügenzentrale.

Mit der Aufschrift „Dr. phil. Friedrich Bursch, Robert Albert, Mitarbeiter der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei“, ist dieser Tage von Dresden aus an eine Anzahl Zeitungen ein Zirkular verschickt worden, in dem eine zu gründende Zeitungskorrespondenz empfohlen wird, durch welche die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bekämpft werden soll. Nach dem mitgeteilten Worten dieser Korrespondenz handelt es sich um ein auf dem allerjüngsten journalistischen Niveau stehendes Unternehmen. Die Macher sind zwei Schmalz, ein bürgerlicher und ein rechtssozialistischer, die beide in anständigen journalistischen Kreisen längst ausgespielt haben. Jetzt weihen sie in dem großen Schwarm der Krippenjäger glücklich in die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei gelangt zu sein. Die Stellung dort, die sie sich von den sächsischen Steuerzahlern beschaffen lassen, scheinen sie aber nur als Sinalure aufzufassen, die ihnen Gelegenheit gibt, sich aus amtlichen Mitteln das Material zu beschaffen, um eine neue Lügenzentrale gegen die U. S. V. zu eröffnen und damit ein gutes Geschäft machen zu können. Das Zirkular, in dem sie ihre Korrespondenz anbieten, hat folgenden Wortlaut:

Dresden, Deinum des Poststempels.

Dr. phil. Friedr. Bursch, Robert Albert, Mitarbeiter der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei.

In den Pressekonferenzen und bei sonstigen Besprechungen von Pressevertretern ist wiederholt gewünscht worden, daß den lägerischen und demagogischen Behauptungen der Presse der U. S. V. eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werde.

In der Tat: Wer diese Presse aufmerksam liest, findet darin fast alle Lüge Behauptungen, die sofort zurückgewiesen werden müssen. Da wir amtlich Gelegenheit haben, und ihrer Zeit und ihrer Bekämpfung mit zu widmen, werden wir uns erlauben, Ihnen von Zeit zu Zeit kleinere Notizen oder Artikel gegen die verlogene und demagogische Kampfmethode der Unabhängigen zu senden.

Da diese Arbeit eine Nebenarbeit in unserm Beruf ist, sind wir in der Lage, Ihnen diese Arbeiten zu unentgeltlichem Abdruck zuzusenden. Wir nehmen an, daß auch Sie die Notwendigkeit eines energischen Kampfes gegen die von uns betriebene Gefährdung der Staatspolitik anerkennen und daß Ihnen deshalb die Zusendung solcher Anti-U. S. V. Notizen willkommen ist.

Selbstverständlich ist es Ihnen freigestellt, die Einsendungen so wie sie sind oder in geeigneter Uebersetzung abzubringen. Sie sind den Raumnotizen der Presse angepaßt und auch deshalb möglichst kurz gehalten, weil sie so eher gelesen werden und so Ihren Zweck leichter erfüllen können, welche Kreise auf die Gefahr der unabhängigen Kampfmethode für unser Volkstheben aufmerksam zu machen.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns von den Nummern Ihrer sehr geschätzten Zeitung, in denen unsere Notizen abgedruckt sind, Besche senden könnten.

Wir kollegialen Grüßen

Dr. phil. Friedr. Bursch, Rob. Albert.

Zunächst wer sind die beiden Schmalz? Herr Dr. Bursch war zu Beginn des Jahrhunderts Chefredakteur der die Interessen der Großkapitalisten an der Unterwerfung vertretenden „Nordwestdeutschen Zeitung“ in Bremerhaven und war kurz vor dem Kriege einer der eifrigsten Sozialistenführer in Mitteldeutschland. Sein Kompagnon, Herr Robert Albert, war vor Jahren Redakteur der „Breslauer Volkswacht“ und rückte vor einer ihm judifizierten zweijährigen Gefängnisstrafe nach der Schweiz aus; die sozialdemokratischen Redakteure haben ihm das damals sehr verübelt. In der schweizerischen Partei war er bald als Stänker verrufen. Während des Krieges erkaufte er sich die Absolution der deutschen Behörden durch aufdringlich das Durchhalten predigende Artikel, die er nicht nur in der rechtssozialistischen Presse ablagerte, sondern vor allen Dingen auch in den Kriegervereinsorganen. Er konnte es dann wagen, nach Deutschland zurückzukehren und sitzt glücklich an der Kettarbrücke des sächsischen Staates. Nach





